



Helvetische Bank

Die Bank für Unternehmer

Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
Tel. 044 204 56 00
www.helvetischebank.ch



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik Bewaffnete Neutralität als Erfolgsmodell von Bruno Walliser Seite 2	Kanton Zürich Krisengeplagte Justizdirektion von Christoph Marty Seite 3	Aktuell Deutschland einig Schuldenland von Reinhard Wegelin Seite 5	Parlamentsgemeinden Fundamentalistische Erziehungspolitik von Jean-Marc Jung Seite 6	Veranstaltungs-Tipp Apéro und Polit-Arena der SVP Wald Seite 7
---	---	--	---	---

PUK-BERICHT ZUR CS-KRISE

Eine globale Schweizer Bank muss sicher und wettbewerbsfähig sein

Nach der Notübernahme der CS durch die UBS wurde die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) beschlossen. Als Mitglied dieser PUK durfte ich zusammen mit meinem Zürcher SVP-Kollegen Alfred Heer an den intensiven Beratungen teilnehmen und komme zum Fazit: Wenn die Schweiz eine global tätige Bank erhalten will, muss diese künftig in den Finanzmärkten sicher dastehen. Will sie Erfolg haben, muss sie aber auch wettbewerbsfähig bleiben.



Die Frage für die Mitglieder der PUK lautete: Haben die Bundesbehörden beim Untergang der CS rechtmässig, zweckmässig und wirksam gehandelt? Bild: Wikimedia

Es hat die ganze Schweiz, aber besonders unseren Kanton Zürich geschmerzt, als die Credit Suisse nach einer 157-jährigen Tradition am 19. März 2023 notgedrungen mit der UBS fusionieren musste. Dies geschah nicht ohne umfassende staatliche Unterstützung, um eine globale Finanzkrise abzuwenden. Jedermann fragte sich, wie es soweit kommen konnte und warum der Staat nach 2008 erneut eine Grossbank retten musste.

Um dies abzuklären, setzten die eidgenössischen Räte im Frühsommer 2023 eine vierzehnköpfige PUK ein – das erste Mal seit dreissig Jahren. Diese Untersuchungskommission sollte abklären, ob und welche Fehler die Behörden gemacht haben und wo allenfalls institutionelle Mängel bestehen. Die Frage für uns Mitglieder dieser PUK lautete: Haben die Bundesbehörden beim Untergang der CS rechtmässig, zweckmässig und wirksam gehandelt?

CS-Führung nicht beurteilt
Ausserhalb der Kompetenz dieser PUK lag es aber, die Geschäftsführung der CS zu beurteilen. Obwohl ich mir durchaus Gedanken mache, wie eine CS in den letzten zehn Jahren Boni von 40 Milliarden verteilen und gleichzeitig 33,7 Milliarden Verlust schreiben konnte. Von erheblicher Verantwortungslosigkeit in den Führungsetagen zeugt auch die Tatsache, dass die CS in diesem Zeitraum mit 11,7 Milliarden Franken

zur ungekrönten «Bussenkönigin» aufgestiegen ist.

Die Breite des Untersuchungsgegenstandes bildete für die PUK eine grosse Herausforderung. Zu untersuchen war nämlich die Tätigkeit des Bundesrates, des Finanzdepartements (inklusive seiner zuständigen Ämter), der Finanzmarktaufsicht, der Schweizerischen Nationalbank sowie der Revisionsaufsichtsbehörde und weiterer Bundesstellen. Die Kommission musste entsprechend Schwergewichte legen, waren doch insgesamt über 30 000 erhaltene Dokumente zu prüfen und 62 Personen in 79 Vorladungen anzuhören. Weil unsere PUK ihre Tätigkeit innerhalb von eineinhalb Jahren abschliessen wollte, mussten fast wöchentlich Sitzungen stattfinden. Es fehlte angesichts des grossen öffentlichen Interesses auch nicht an Indiskretionen mit dem durchsichtigen Ziel, einzelne Akteure zu belasten oder zu entlasten.

Kein grundsätzliches Fehlverhalten der Behörden

Die Untersuchung der PUK hat als Haupterkennnis bestätigt: Die Verantwortung für den Vertrauensverlust und für den Niedergang der CS tragen der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung der letzten Jahre. Sie haben mehrfach Weisungen der Finanzmarktaufsicht missachtet und sich gegenüber deren Interventionen als «renitent» erwiesen. Aufseiten der Behörden hat unsere PUK in ihrem Schlussbericht kein grundsätzliches Fehlverhalten festgestellt. Wir haben aber dennoch etliche Problemfelder geortet, wo künftig Verbesserungen nötig sind. Bei der Aufsichtsbehörde FINMA wurde festgestellt, dass sie

ihrer Tätigkeit zwar intensiv, aber nicht immer wirksam nachkam. Auch hat die PUK festgehalten, dass die Koordination zwischen den verschiedenen Behörden, die für die Finanzstabilität zuständig sind, nicht optimal funktionierte.

Dass der damalige Finanzminister Ueli Maurer seinen Kollegen im Bundesrat bezüglich Informationslecks nicht vollständig vertrauen konnte, ist zwar äusserst bedauerlich. Die Furcht vor Indiskretionen ist aber angesichts der ständigen Zusammenarbeit gewisser Departemente mit gewissen Medien während der Covid-Krise durchaus nachvollziehbar.

Sicher, aber wettbewerbsfähig

Die PUK hat aufgrund ihrer Untersuchungen 20 Empfehlungen ausgesprochen und zehn parlamentarische Vorstösse eingereicht. Diese betreffen ausschliesslich die Regulierung von systemrelevanten Banken. Als wichtigste Schlussfolgerung aus dem CS-Debakel muss gelten: Wenn unser Land weiterhin eine global tätige Bank erhalten will, muss diese so sicher wie möglich aufgestellt sein. Sie muss aber auch wettbewerbsfähig bleiben, um auf den internationalen Märkten Erfolg zu haben. Regulierungen dürfen die Tätigkeit dieser globalen Schweizer Bank nicht mit so schweren Bleiplatten belasten, dass sie auch noch untergeht.



Thomas Matter
Nationalrat und
Vizepräsident SVP
Kanton Zürich
Meilen

Zürcher Untergang verhindern!

Meh Lohn für eusi Lüüt.

JA zur Steuer-senkung



steuersenkung-ja.ch

SVP des Kantons Zürich
IBAN CH17 0900 0000 8003 5741 3







Gelassenheit statt «Zwangsneurosen»

Der Kommentar des Chefredaktors war bemerkenswert. Und ein bisschen mutig. Und vor allem ziemlich frech. Im Editorial des «Sonntagsblicks» zog Reza Rafi eine Bilanz zum Fünf-Jahr-Jubiläum des Corona-Ausbruchs. Er wolle «keine Erinnerungssorgie an den Lockdown». Denn das Publikum wünsche, nie mehr an die «allgemeine Aufregung» und «kollektiven Zwangsneurosen» erinnert zu werden. Der «Sonntagsblick» distanziert sich jetzt in aller Form von «Irrtümern und Fehleinschätzungen», von «Hysterie» und «Moralkeulen». Diese wohlfeile Abgrenzung kann sich der «Sonntagsblick» leisten. Weil die damalige Standleitung zwischen dem Gesundheitsdepartement und dem Ringier-Verlag laut Bundesgericht nicht untersucht werden darf. Sonst kämen die «Irrtümer und Fehleinschätzungen», die «Hysterie» und «Moralkeulen» des «Sonntagsblicks» wie der übrigen Ringier-Blätter ziemlich trostlos ans Tageslicht. Genau wie die «allgemeine Aufregung» sowie die «kollektiven Zwangsneurosen» von Geschäftsführer Marc Walder. Der damalige Reza Rafi wollte während der Pandemie das Wort «Skeptiker» streichen und durch «selbsternannte Apostel», «Corona-Leugner» und «Verschwörungstheoretiker» ersetzen. Unter den «Impfskeptikern» ortete er «Freaks», «Abgedriftete», «Wutbürger» und «pathologische Fälle». Rafi spottete, für manche Schweizer sei der Covid-Impfstoff «so begehrenswert wie ein Privatkonkurs». Heute belustigt sich Reza Rafi über den Begriff «Zeitenwende», «Zäsur» und «zeitgeschichtliche Dimensionen». Damals schrieb er vom «spektakulärsten Bruch in der Nachkriegsgeschichte». Nichts mehr sei «normal in diesem Land», die Nation befinde sich «auf einem Teufelsritt durch Raum und Zeit». Derselbe Reza Rafi empörte sich über die «Glocken der Wut» von Freiheitstryclern, deren «grössten Fan» Ueli Maurer, über «trotzige Innerschweizer», «rechtsnationales Rebellentum» und «SVP-Polterer». Der Fall Rafi beweist: Journalisten können auf nichts so zuverlässig setzen, wie auf das kurze Gedächtnis ihrer Leser. Das Vergessen dient als wunderbare Schutthalde ihrer geistigen Müllabfuhr.

CS-Krise und spannende Fragestunde

Die letzte Sessionswoche der Frühjahrsession begann mit der Fragestunde an den Bundesrat. So wollte ich vom Bundesrat wissen, wie man die Werbung der SBB zusammen mit Western Union einstuft, die für die Ramadan-Feiertage wirbt, dass man hier Geld spenden kann. Gemäss Reglement darf die SVP keine religiöse Werbung schalten.



Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Ausserdem wollte ich als Nachfrage wissen, wie der Gesamtbundesrat die Aussage von Bundesrat Beat Jans einstuft, dass der Islam zur Schweiz gehört und er an Ramadan-Feiern teilnimmt, während unsere Feiertage bei ihm kein Thema sind. Leider war die Antwort hierzu, wie auch sonst so oft, eher wage und zurückhaltend.

PUK-Bericht über die CS-Krise

Am Dienstag war der Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) im Zusammenhang mit der CS-Krise ein grosses Thema. Es wurden verschiedene Vorstösse eingereicht, um zu versuchen, solche Krisen zukünftig frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Bei uns war hier der Sprecher Nationalrat Thomas Matter. Wie er richtig ausführte, dürfen wir nun auch nicht überregulieren, auch wenn es einige Vorschriften und eine gezielte Aufsicht braucht. So waren die Eigenmittelvorschriften sowie auch die Durchsetzungskraft der Finanzmarktaufsicht FINMA ein Thema. Ausserdem wurde die «Too-big-to-fail»-Gesetzgebung diskutiert.

Radikale Steuerinitiative der Juso

Anschliessend war die Steuerinitiative der Juso (Erbschaftsinitiative) ein grosses Thema, wobei sich sehr viele Redner meldeten. Die meisten Parlamentarier standen dieser Initiative zum

Glück sehr kritisch gegenüber. Diese «Initiative für eine Zukunft» muss dringend abgelehnt werden, weil diese hohe Steuerbelastung für den Klimaschutz auch sehr viele Familienunternehmen gefährden würde. Viele Vermögen würden die Schweiz verlassen. Sogar der Bundesrat lehnt die extreme Initiative entschieden ab.

SVP Küsnacht zu Besuch im Bundeshaus

Am Mittwoch war die SVP Küsnacht zu Besuch im Bundeshaus, was mich speziell freute. Viele Parteimitglieder hörten auf der Tribüne den Debatten zu. Die Traktanden waren die Spendengelder von Organisationen. Zur Diskussion stand die Begrenzung der Steuerbe-

freiung und Stärkung der Gemeinnützigkeit. Nach den Debatten gab es eine kleine Besichtigung und Führung durch das Bundeshaus sowie auch ein gemeinsames Mittagessen in der Galerie des Alpes.

Am Donnerstag fand der Fraktionsabend in Aarberg statt. Dies ist immer ein geselliger Anlass, an dem man sich auch untereinander gut austauschen kann. Am Freitagmorgen folgen dann die Schlussabstimmungen der Frühjahrsession.



Die SVP Küsnacht zu Besuch im Bundeshaus.

Bild: Nina Fehr Düsel

DEN VERFASSUNGSMÄSSIGEN AUFTRAG ERFÜLLEN

Die bewaffnete Neutralität ist unser Erfolgsmodell

Die Welt ist kein sicherer Ort, wo Frieden unter allen Völkern herrscht. Dies ist seit Jahrhunderten so und seit Kurzem auch wieder in Europa Realität. Die von den USA zum Niedrigpreis garantierte friedliche Nachkriegsordnung in Europa geht dem Ende entgegen.



Bruno Walliser
Nationalrat SVP
Volkswil

Ob alle Mitglieder der NATO einen angegriffenen NATO-Staat verteidigen werden, ist fraglicher denn je. Der Glaube an den ewigen Frieden in Europa hat sich spätestens mit dem Krieg in der Ukraine als Irrglaube herausgestellt. Die Schweiz als neutraler Kleinstaat muss zu ihrer bewährten Strategie zurückfinden: die bewaffnete Neutralität.

Starke Armee: Jetzt mehr denn je

Unsere Armee muss den verfassungsmässigen Auftrag der Landesverteidigung wieder erfüllen können. Dazu brauchen wir auch eine starke Rüstungsindustrie. Die Schweiz muss wieder eine Armee haben, verankert in der Bevölkerung; und das so rasch wie möglich, denn die Zeit drängt. Wir brauchen mehr Ausrüstung, Munition, moderne Waffensysteme und auch Drohneneinheiten. Der Zivildienst muss redimensioniert und der Bestand der Armee erhöht werden. Dies ist ein Kraftakt, den wir als Gesellschaft erbringen müssen.

Mammutaufgabe für Neo-Bundesrat Pfister

Die Freiheit ist nicht gratis. Die Bundeskasse kann die nötigen Investitionen in die Armee auch ohne zusätzliche Einnahmen bewältigen. Denn noch

immer haben wir ein Ausgaben- und nicht ein Einnahmenproblem. Für den zukünftigen VBS-Vorsteher, Bundesrat Martin Pfister, steht der Auftrag im Zentrum. Der Zweck der bewaffneten, umfassenden und immerwährenden Neutralität besteht darin, die Schweiz von bewaffneten Konflikten fernzuhalten. Die Schweiz darf sich nicht in fremde Konflikte hineinziehen lassen. Der

neue VBS-Vorsteher muss die Schweizer Armee für eine glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit aufbauen.

Jahrzehntelange Sparmassnahmen und der Fokus auf subsidiäre Einsätze haben dazu geführt, dass viele Kernfähigkeiten vernachlässigt wurden. Die Schweiz kann es sich nicht leisten, nur auf Friedenszeiten ausgerichtet zu sein. Eine glaubwürdige Landesvertei-

digung bedeutet, dass die Armee jederzeit einsatzfähig ist, um Bedrohungen abzuschrecken und im Ernstfall zu handeln.

Der neugewählte Bundesrat Martin Pfister steht vor einer Mammutaufgabe. Ich hoffe, dass er in Bundesbern rasch für mehr Sicherheit in unserem Land sorgen wird. Unsere Bevölkerung will ein gutes Sicherheitsgefühl haben, zu Recht! Mit der bewaffneten Neutralität haben wir in der Vergangenheit sehr gute Erfahrungen gemacht. Bleiben wir dabei!



Damit unsere Armee den verfassungsmässigen Auftrag der Landesverteidigung erfüllen kann, brauchen wir auch eine starke Rüstungsindustrie.

Bild: Adobe Stock

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Die Direktion der Justiz und des Innern (JI) kommt nicht aus dem Krisenmodus heraus

Das einzige Geschäft der Ratssitzung vom vergangenen Montag war der Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK). Mit der GPK wird, salopp formuliert, in den einzelnen Direktionen nachgeschaut, ob, und falls ja, was für «Leichen im Keller» liegen.



Christoph Marty
Kantonrat SVP
Zürich

Die grösste war die Projektleiche des gescheiterten Informatikprojekts JURIS X, welches durch die JI von SP-Regierungsrätin Jaqueline Fehr endgültig an die Wand gefahren wurde. Zudem wurden die Berichte der Subkommissionen Bau respektive Betrieb des PJZ (Polizei- und Justizzentrum) debattiert. Daneben wurden viele kleinere «Bau-stellen» abgehandelt. Die Berichte umfassen 45 Seiten und können auf der Homepage des Kantonsrats abgerufen werden.

Es ist angerichtet

Die GPK übt im Auftrag des Kantonsrates die parlamentarische Oberaufsicht über den Regierungsrat, die kantonale Verwaltung und weitere Träger öffentlicher kantonomer Aufgaben aus. Fraktionskollege René Isler als Mitglied der GPK machte in seinem Votum eine detaillierte Auslegeordnung des Desasters mit JURIS X, dessen detaillierter Umfang den Rahmen dieses Artikels bei Weitem sprengen würde. Nur so viel zur Schadensbilanz: Es wurde ein Betrag in mittlerer zweistelliger Millio-

nenhöhe verbrannt. Derzeit untersucht noch die kantonale Finanzkontrolle die Unregelmässigkeiten im Rahmen einer ordentlichen Aufsichtsprüfung.

Piscis primum a capite foetet (Ein Fisch fängt vom Kopf her an zu stinken)

Oder wie es der amerikanische Staatsmann Abraham Lincoln so treffend sagte: «Man kann das ganze Volk eine Zeit lang täuschen und man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen, aber man kann nicht das ganze Volk die ganze Zeit täuschen.» Nach der 96. Sitzung dieser Legislatur stand Regierungsrätin Fehr, um es etwas profaner zu formulieren, komplett mit abgesägten Hosen da. Über ihre Überforderung im Amt lässt sich nun definitiv nicht mehr hinwegsehen.

Die totale Uneinsichtigkeit – was nicht sein dürfte, kann nicht sein

Nachdem das vernichtende Verdikt des Berichtes auf die Justizdirektion niedergegangen war, versuchte Ratskollege und GPK-Mitglied Davide Loss von der SP seiner Regierungsrätin beizustehen und als der Anwalt, der er ist, wusste er sich wohl ausgesprochen eloquent zu artikulieren; aber angesichts dieses Scherbenhaufens war halt nichts mehr zu retten. Umso verstörender war dann aber die Reaktion der Regierungsrätin. Sie unterstellte der GPK politische Moti-

ve. Die GPK verabschiedete ihren Bericht einstimmig, so auch mit den Stimmen der SP-Mitglieder! Ihre diesbezüglich geäusserten abfälligen Bemerkungen und unsachlichen Angriffe gegenüber der Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrates haben den Respekt gegenüber den demokratisch legitimierten Institutionen in einem Umfang vermissen lassen, dass die SVP-Kantonalpartei nun ihren Rücktritt verlangt.

Bericht der Subkommission PJZ-Betrieb

Das Gefängnis Zürich West (GZW) bildet einen Teil des Polizei- und Justizzentrums (PJZ). Im Gefängnis Zürich West werden einerseits Personen inhaftiert, die vorläufig festgenommen worden sind, andererseits Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden. Wie schon länger bekannt ist, weist das Betriebskonzept aus dem Jahr 2015 eklatante Mängel auf. Die Ursache dieses Debakels kann aber nicht Regierungsrätin Fehr angelastet werden. Dieses hat sie von ihrem Vorgänger Markus Notter, ebenfalls SP, geerbt. Was der Regierungsrätin aber vorgeworfen werden muss, ist, dass sie bis 2023 mit der Aufarbeitung der längst bekannten Missstände zugewartet hat.

Korruptionsfälle im Strassenverkehrsamt und Nebengeräusche bei der Zürcher Filmstiftung

Ende August 2024 musste das Bezirksgericht Bülach drei frühere Mitarbeiter des Strassenverkehrsamtes Bassersdorf der Bestechlichkeit und der ungetreuen Amtsführung schuldig sprechen. Der Vorsteher der Sicherheitsdirektion (DS) und der Geschäftsleiter der Strassenverkehrsämter konnten aber nachvollziehbar über die ergriffenen Massnahmen informieren, um solche Fälle in Zukunft zu verhindern und Verdachtsfälle rasch zu erkennen. Bei der Zürcher Filmstiftung, welche dem JI untersteht und in welcher Regierungsrätin Fehr in einer massgeblichen Position wirkt, bemängelt die GPK die dem Stiftungsrat nachträglich vorgebrachte Rechtfertigung des eigenen Vorgehens aus Sicht von «good governance» als fragwürdig.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

In der GPK ist der Wurm drin



Ruth Büchi-Vögeli
Kantonsrätin SVP
Elgg

An der Kantonsratssitzung vom vergangenen Montag standen der Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) über ihre Tätigkeit vom März 2024 bis Februar 2025 sowie die Berichte der Subkommission Polizei- und Justizzentrum Zürich (PJZ)-Bau und der Subkommission PJZ-Betrieb auf der Traktandenliste.

Die GPK übt im Auftrag des Kantonsrates die parlamentarische Kontrolle (Oberaufsicht) über den Regierungsrat, die kantonale Verwaltung und weitere Träger öffentlicher kantonomer Aufgaben aus.

Zu reden gab schlussendlich der Kommentar von Frau Regierungsrätin Jacqueline Fehr zu den vorliegenden Berichten. Dass die Regierungsrätin und Vorsteherin der Direktion der Justiz und des Innern keine Freude an den Berichten hatte, gab sie wortreich bekannt.

Gemäss Äusserungen der Justizdirektorin steckt in der GPK der Wurm drin. Sie warf der Kommission vor, dass der Bericht falsch, unvollständig und fehlerhaft verfasst sei. Angeblich sei einiges schiefgelaufen und die Berichte sowohl der GPK wie auch der Subkommission PJZ-Betrieb wiesen teilweise fehlerhafte Passagen auf.

Frau Fehr wirft der GPK vor, man vergreife sich im Ton und die Kommission sei verpolitisiert. Die Arbeit der GPK würde nicht korrekt geführt und die Kommission toleriere angeblich Begünstigun-

gen und sei nichts anderes als eine Gruppe von Besserwissern. Die GPK empöre sich über Missstände, klage diese an und wisse schlicht und einfach alles besser.

Frau Regierungsrätin, trifft dies nicht auf Sie zu? Wieso empören Sie sich über einen Bericht, der genau Missstände aufdeckt, Fehler aufzeigt und so zu einer verbesserten Fehlerkultur beiträgt?

Alle drei Berichte wurden in den jeweiligen Kommissionen einstimmig abgenommen. Umso irritierender waren die Wortmeldungen von linken Kommissionsmitgliedern, die sowohl den Bericht der GPK wie auch denjenigen der Subkommission PJZ-Betrieb kritisierten.

Gemäss Aussagen von Frau Fehr hat eine GPK integer zu sein. Wenn Kommissionsmitglieder der gleichen Partei wie derjenigen der Justizdirektorin einstimmig abgenommene Berichte anlässlich der Kantonsratssitzung kritisieren und gegen die eigenen Entscheidungen votieren, wirft dies Fragen auf. Sieht so die linke Integrität aus? Wer hat da wohl wen beeinflusst?

Mitglieder einer GPK sollten sich, gemäss Frau Fehr, auch nicht einschüchtern lassen. Liebe Frau Regierungsrätin Jacqueline Fehr, genau dies werden wir nicht zulassen und auch in Zukunft kritisch hinschauen und Missstände aufdecken und uns weder einschüchtern noch beeinflussen lassen, auch nicht von der Direktion der Justiz und des Innern.

Das Votum im Kantonsrat als Video:



Um es mit den Worten Abraham Lincolns zu sagen: Regierungsrätin Fehr kann nicht das ganze Volk die ganze Zeit täuschen.

Bild: Pixabay



Die GPK wird auch in Zukunft kritisch hinschauen und Missstände aufdecken und sich von der Justizdirektorin weder einschüchtern noch beeinflussen lassen.

Bild: Parlamentsdienste ZH

WORTE DES KANTONSRATSPRÄSIDENTEN

Bürokratie bremst

Viele Politiker reden vom Abbau von Bürokratie – die wenigsten aber lassen den Worten dann auch Taten folgen. Sobald konkrete Massnahmen, Sparvorschläge oder Ideen zur Effizienzsteigerung gefragt sind, wird es schwierig. Bei privaten Unternehmen ist es eine Selbstverständlichkeit: Die Effizienz der Abläufe muss ständig geprüft und hinterfragt werden. Ansonsten verliert man bald den Anschluss an die Konkurrenz. Anders ist es beim Staat: Ob die Verwaltung effizient ist oder nicht, merken viele nicht einmal.

Eine Effizienzbehörde auch bei uns?

Nun aber hört man neue Töne aus Amerika: Dort wurde ein Departement für Regierungseffizienz ins Leben gerufen. Die Verwaltung soll entschlackt, die Kosten sollen gesenkt und die öffentlichen Ausgaben überprüft werden. Die überbordende Bürokratie gefährdet die Demokratie, heisst es in Amerika. Auch in der Schweiz erleben wir dies: Bürokratie bremst uns überall. Die bürokratischen Auflagen erhöhen die Preise für Produkte und Dienstleistungen. Die immer umfangreicheren

Regelwerke verunmöglichen das Bauen und die Schaffung von Wohnraum und von Verkehrswegen.

Brauchen wir auch eine Stelle für Regierungseffizienz und Bürokratieabbau? Oder wäre es gerade falsch, diese Aufgabe wiederum in der Verwaltung anzusiedeln? Der Einsatz gegen die wachsende Bürokratie ist wichtiger denn je. Die Belastungsgrenze von Unternehmen scheint heute erreicht, wenn nicht sogar überschritten. Insofern vermag nicht zu überraschen, dass immer neue Debatten um die Regulierungsbremse entstehen, nicht allein in der Schweiz. Ein Ansatz – als Beispiel – wäre die «One-in-one-out»-Klausel, die etwa in Grossbritannien, Kanada und seit 2015 in Deutschland gilt (sonst nicht gerade ein Musterland für wenig und effiziente Bürokratie). Für jedes neue Gesetz muss ein bestehendes abgeschafft werden. Oder eine Sunset-Regel mit Verfalldatum, wie die USA sie praktizieren. Solch neue Normen könnten jedoch nur unter erschwerten Voraussetzungen verabschiedet werden. Mir graust es bei der Vorstellung, welche Regulierungsflut dies auslösen könnte...

Libérale Marktwirtschaft und Rechtssicherheit

Zusammenfassend könnte die wenig freudvolle Feststellung stehen: An Ideen mangelt es selten, es fehlt wie so oft an der Umsetzung. Doch ich halte es hier mehr mit Montesquieu, der sagte: «Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.»

Die Wirtschaft im Kanton Zürich – und nicht nur hier, sondern im ganzen Land – braucht ein liberales Umfeld mit grösstmöglicher Rechtssicherheit, um sich kreativ und innovativ im harten, internationalen Wettbewerb zu behaupten. Regulierungen und Vorschriften sind Gift für eine florierende Wirtschaft. Der Markt soll entscheiden, wie viel von was gefragt ist, und keinesfalls die Politik.



von
Jörg Sulser

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



SVP ZOLLIKON

SVP-Höck: Klare Worte gegen Bürokratie und Regulierungswahn

Letzte Woche war das katholische Kirchgemeindehaus in Zollikon voller Leben: Zahlreiche Mitglieder und Freunde der SVP kamen zusammen, um sich von Kantonsrat Tumasch Mischol und Nationalrat Gregor Rutz inspirieren zu lassen. Mit klaren Worten und scharfsinnigen Analysen zeigten beide, wie wir unseren Kanton und unser Land wieder auf Kurs bringen können.



Régis Ecklin
Vizepräsident SVP Zollikon
Zollikerberg

Kantonsrat Tumasch Mischol zeigte in seinem Referat eindrücklich auf, wie der Staat sich immer mehr zum Hindernis für seine eigenen Bürger entwickelt. Immer mehr Vorschriften und neue beschlossene Dienstleistungen lassen die Verwaltung wachsen und die Kosten explodieren.

Bildung, Bau und Bürgerrechte: Der Kanton stranguliert sich selbst

Offensichtlich ist dies im Schulbereich, wo der Kanton immer wieder zusätzliche personalintensive Massnahmen für die Gemeinden beschliesst. Während der Kanton einen Fünftel dieser Kosten trägt, müssen die Gemeinden 80% finanzieren und haben kaum Mitspracherecht. Bürokratie für Bürger oder Gewerbe wird ebenso im Bauwesen munter ausgebaut. Während Ende der 70er-Jahre noch eine schlanke, zwei Seiten lange Baubewilligung reichte, sind es heute Dutzende Seiten, die mit Auflagen der Feuerpolizei, des Denkmalschutzes oder weiteren regulierungswütigen Instanzen ergänzt werden. Zudem wird der Gestaltungsspielraum mit der sich laufend erweiternden Rechtsprechung nach Rekursen von Nachbarn oder Verbänden immer kleiner. Wenn

das so weitergehe, werde im Kanton Zürich bald gar nicht mehr gebaut, warnte Mischol. Auch die linke Klimaa Allianz sorgt für immer mehr Vorschriften und Regulierungen – und das, während der Wohnraum immer knapper und teurer wird. Die einzige Lösung ist weniger Staat und Deregulierung. Momentan kämpft nur die SVP kompromisslos dafür.

Nationalrat Rutz: Immer mehr Politik, immer weniger Freiheit

Nationalrat Gregor Rutz legte den Finger auf eine weitere Wunde: Die Politik ufert aus. Waren es früher rund 400 parlamentarische Vorstösse pro Jahr, sind es heute sage und schreibe 7000. Die Parlamentarier werden immer weniger Milizpolitiker und immer mehr Berufspolitiker – mit hoher Entschädigung, aber zunehmend losgelöst von der Realität der arbeitenden Bürger. Statt praxistaugliche Entscheidungen zu treffen, produzieren sie ein bürokratisches Monstrum nach dem anderen.

Auch das Tabakproduktegesetz wurde thematisiert. Der Nationalrat will nicht nur Werbung verbieten, die sich an Kinder richtet, sondern generell Werbung, die Kinder sehen können. Dies läuft auf ein totales Werbeverbot hinaus. Gefährliche Tendenzen, wenn man weiss, dass bald auch Werbeverbote für Süssigkeiten und zuckerhaltige Getränke, dann fetthaltige Speisen sowie Alkoholika und Fleisch diskutiert werden sollen. Dieselben Politiker, die die Werbefreiheit als Kommunikationsgrund-

recht einschränken, wollen parallel private Medien subventionieren, weil diesen die Einnahmen fehlen. Ein Widerspruch, der für Kopfschütteln sorgte.

Nicht minder alarmierend ist das Wachstum des Staatsapparats. Mit einem Durchschnittslohn von über 120 000 Franken explodieren die Kosten für Bun-

desangestellte, während die Privatwirtschaft unter Auflagen und Steuern leidet. Der Staat wuchert – und wir alle zahlen dafür.

Der Kampf geht weiter – und wir brauchen Verstärkung

Am Ende des Abends folgte ein spannender Austausch mit kritischen Fragen und lebhaften Diskussionen. Man war sich einig: Der Widerstand gegen überbordende Bürgergängelung ist dringend nötig – und die SVP ist die einzige

Partei, die sich diesem Trend der Bürgerentmündigung entgegenstellt.

Doch die Sitzverhältnisse im Kantonsrat sind knapp. Wer anwesend ist, gewinnt. Und im Nationalrat gesellen sich Die Mitte und FDP immer wieder zum linken Lager. Die Linken wissen zu mobilisieren – das müssen auch wir wieder lernen. Es braucht mehr SVP und mehr Unbeirrbarkeit. Denn in jedem Erfolg ist die Saat zum späteren Scheitern angelegt, weil Gewinnen träge macht. Packen wir es an!



Nationalrat Gregor Rutz und Kantonsrat Tumasch Mischol begeisterten das Publikum mit klaren Worten und scharfsinnigen Analysen.

Bilder: SVP Zollikon

SEEBUEB – BUNDESRICHTER – PATRIOT

Prof. Karl Spühler zum 90. Geburtstag

Heute, am 21. März, feiert in Winterthur bei bester Gesundheit Karl Spühler mit seiner Frau Ursula und seinen Töchtern, Schwiegersöhnen und Enkeln seinen 90. Geburtstag. Das ist auch für die SVP des Kantons Zürich ein Grund, ihm für all das zu danken, was er für die Zürcher und Schweizer Rechtspflege, aber auch im Hintergrund für unsere Partei geleistet hat.

Als Seebueb in Thalwil während der Kriegsjahre aufgewachsen, hat diese Zeit ihn in seinem unverwüstlichen Patriotismus geprägt. Alle mussten damals gemeinsam Hand anlegen, und für oberflächlichen Zeitgeist war kein Raum.

Karl Spühlers Familie war handwerklich geprägt. Die Eltern ermöglichten dem Buben – und seinen beiden Schwestern – eine höhere Ausbildung. Die klassische zürcherische Bildungstriade, Primarschule unter soliden Lehrern, Kantonsschule und dann die Universität, gaben dem jungen Juristen die Grundlage fürs Leben. Die berufliche Praxis ergab sich fast wie von selber: Bezirksgerichte, kantonale Verwaltung, Stadtschreiber von Winterthur, Oberrichter, 1986 auf Vorschlag der SVP Bundesrichter. Nach acht Jahren am höchsten Ge-

richt in Lausanne wurde er, nicht ohne politisch motivierten Widerstand überwinden zu müssen, als Professor für Zivilprozess- sowie Schuldbetreibungs- und Konkursrecht an die Universität Zürich berufen.

Recht und Freiheit

Auf diesen Gebieten ist Karl Spühler bis heute eine Autorität geblieben. Es ist das «dienende Recht», das die Anwendung der Gesetze überhaupt erst möglich macht. Zahlreiche Publikationen und Lehrbücher hat er nicht nur verfasst, sondern in immer neuen akribisch à jour gebrachten Auflagen publiziert. Der Grundstein ist das «Schweizerische Zivilprozessrecht», dessen elfte Auflage Karl Spühler kürzlich vorbereitet hat, ein Buch, um das kein Jurist herumkommt.

Bei aller Leistung als Richter und Lehrer, Karl Spühler ist vor allem Bürger und Patriot. Die Grundlage des Rechtsstaats ist die Demokratie schweizerischer Prägung. In seinen Erinnerungen «Vom Dorfbub zum Bundesrichter» schreibt er: «So wie das Zivilprozessrecht dem materiellen Recht dient, so hat das Recht als solches und haben vor allem Gesetze dem Menschen und dessen Dasein und Zusammengehörigkeit Hilfe zu leisten. Stets ist zu bedenken, dass der Mensch von Natur aus frei ist und sein muss. Der Staat ist lediglich dazu berufen, dies zu schützen und verwirklichen zu helfen.»

In diesen Sätzen ist die ganze Überzeugung Spühlers zusammengefasst. Noch kürzer besagt es die alte, nicht die geschwätzige neue Bundesverfassung: Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen (Artikel 2)! Nicht eine ausufernde Gesetzestätigkeit, verbunden mit einer immer mehr wuchernden Bürokratie, sondern die Durchsetzung bestehen-

der und demokratisch zustandegekommener Gesetze sind die Grundlage von Rechtsstaat, Freiheit und Demokratie.

Aus Überzeugung in der SVP

Diese Grundüberzeugungen haben Spühler auch immer wieder zum Warner gegen die grassierende Staatsgläubigkeit und staatliche Übergriffe gegen Bürger und die Autonomie der Gemeinden werden lassen. Schon als junger Mann ist er der SVP beigetreten: «Sie wurzelt fest im breiten Volk. Selbstverantwortung und Arbeitsamkeit, Liebe zu Herkunft und der Schweiz als Heimat stehen im Vordergrund. Staatskrücken kommen nur im Notfall zum Tragen. Dem Volk fühlte und fühle ich mich verpflichtet; dessen Entscheidungen an der Urne sind (fast immer) richtig. Direkte Demokratie und Unabhängigkeit sind die Zukunft unseres Landes.»

Ein politisches Amt hat Karl Spühler nie angestrebt, aber bis heute steht er unserer Partei zur Verfügung, wenn es um schwierige rechtliche Fragen geht. So können wir uns im Kampf gegen die rücksichtslose Verletzung der verfassungsmässig garantierten Gemeindeautonomie auf ihn verlassen, die für einen ideologiegetriebenen Baudirektor und seine Verwaltung ein Hindernis auf dem Weg der Verschandelung unseres Kantons mit nutzlosen Windturbinenmonstern ist.

Dezidiert vertritt Karl Spühler die Auffassung, nur wer Latein gelernt habe, könne das Recht wirklich verstehen. Wir sagen es darum in dieser Sprache: AD MULTOS ANNOS!

David Vogelsanger

* Karl Spühler, Vom Dorfbub zum Bundesrichter. Autobiographie, Edition Königstuhl 2024.



Karl Spühler feiert heute seinen 90. Geburtstag.

Bild: zVg

MEDIENMITTEILUNG DER SVP BEZIRK DIETIKON

Stabwechsel in der Parteileitung

Die Delegiertenversammlung der SVP des Bezirks Dietikon wählte am 5. März 2025 in Urdorf eine neue Parteileitung. Rainer Stüssi übernimmt als neuer Präsident die Nachfolge von Andreas Leupi, der aufgrund seines Wegzugs aus dem Bezirk zurücktritt. Stüssi sagte: «Ich freue mich darauf, auf einem soliden Fundament aufzubauen und mit voller Motivation gemeinsam mit den Ortssektionen Gas zu geben.»



Rochus Burtscher
Kantonsrat und Vorstand
SVP Bezirk Dietikon
Dietikon

Neben dem Wechsel an der Spitze gab es weitere personelle Veränderungen. Jennifer Fischer und Sascha Gut traten ebenfalls aus der Bezirksparteileitung zurück. Die Delegierten wählten neu Martin Hartmann (Aesch) und Kantonsrat André Bender (Oberengstringen) in die Parteileitung. Die neue Parteileitung konstituiert sich in ihrer ersten Sitzung.

Die SVP des Bezirks Dietikon dankt den scheidenden Mitgliedern für ihr langjähriges Engagement.

Andreas Leupi, seit 2016 in der Parteileitung, 2020 Co-Präsident und 2021 Präsident, initiierte u.a. die Sessionsapéros und die Behördenanlässe.

Jennifer Fischer, seit 2019 Mitglied der Parteileitung, ist unter anderem für die Wahl- und Findungskommission zuständig und organisierte die kantonale Delegiertenversammlung in Birmensdorf.

Sascha Gut, seit 2021 Mitglied der Parteileitung, leistet wertvolle strategische Arbeit und trug entscheidend zur Stärkung der SVP Uitikon bei.

Neben den Wahlen genehmigten die Delegierten sämtliche ordentlichen Traktanden. Zudem gibt es einen ersten Ausblick auf die kommenden kommunalen, kantonalen sowie nationalen Wahlen, bei denen die SVP des Bezirks Dietikon ihre Position weiter festigen möchte.



v.l.n.r.: Rochus Burtscher, Martin Hartmann, Rainer Stüssi, Andrea Walser, Gino Adda, André Bender.

Bild: SVP Bezirk Dietikon

SVP STADT ZÜRICH

SVP der Stadt Zürich mit neuer Parteisekretärin

Am 1. März 2025 hat Chiara Visona ihr Amt als neue Parteisekretärin der SVP Stadt Zürich angetreten. Sie ist in dieser Tätigkeit ab sofort für die administrative Führung der Partei verantwortlich und agiert als Ansprechpartnerin für Mitglieder und Amtsträger.

Chiara Visona, Jahrgang 2001, hat ihre Ausbildung zur Kauffrau im Jahr 2020 abgeschlossen und war seither in verschiedenen Bereichen der öffentlichen Verwaltung tätig. Seit September 2024 studiert sie Angewandtes Recht an der ZHAW. Daneben ist Chiara Visona auch im Vorstand ihrer SVP-Ortspartei Geroldswil tätig, treibt in ihrer Freizeit re-

gelmässig Sport und versucht sich in der Küche an neuen Rezepten. Die Geschäftsleitung der SVP der Stadt Zürich freut sich sehr, Chiara als neue Parteisekretärin begrüssen zu dürfen. Wir sind überzeugt, dass sie die Parteileitung mit ihrem Fachwissen und ihrem Engagement entscheidend verstärken wird.



Chiara Visona, Parteisekretärin SVP Stadt Zürich. Bild: zVg

MEDIENMITTEILUNG DER SVP DER STADT ZÜRICH

SVP-Geschäftsleitung nominiert Ueli Bamert als Stadtratskandidaten

Die Geschäftsleitung der SVP der Stadt Zürich hat an ihrer Sitzung vom vergangenen Montag die Stadtratswahlen vom 8. März 2026 vorbereitet. Auf Antrag der Findungskommission, die von Oberrichter Benedikt Hoffmann präsidiert wird, nominiert sie Ueli Bamert, Kantonsrat und Co-Präsident der Stadtpartei, als Kandidaten für die Stadtratswahlen. Auf eine Kandidatur für das Stadtpräsidium wird verzichtet.

Ueli Bamert, Jahrgang 1979, ist seit 2018 Kantonsrat und präsidiert seit Sommer 2024 gemeinsam mit Kantonsrätin Susanne Brunner die SVP-Stadtpartei. Nach Abschluss des Studiums der Publizistik und der Geschichte an der Universität Zürich ist Bamert seit 2009 in Wirtschaftsverbänden tätig: zunächst als politischer Sekretär beim KMU- und Gewerbeverband des Kantons Zürich KGV und seit zehn Jahren als Kommunikationsleiter beim Verband der Mineralölimporteure Avenergy Suisse, als Geschäftsführer von Swissoil und als Vizepräsident des Verbands Tankstellenshops Schweiz. «Mit Ueli Bamert schicken wir einen hervorragenden Kandidaten ins Stadtratsrennen, denn Kantonsrat Bamert ist ein erfahrener Politik- und Medienprofi», freut sich Co-Präsidentin Susanne Brunner. «Ueli Bamert bringt alles mit, was es für das Amt eines Stadtrates braucht: politische Erfahrung, analytische und kommunikative Fähigkeiten sowie Führungserfahrung aus seiner beruflichen und politischen Tätigkeit», so Brunner weiter.

Tatsächlich verfügt der gebürtige Solothurner über breite Erfahrung in diversen Politikbereichen. So hat Bamert bereits mehrfach Abstimmungskampagnen auf kantonaler und nationaler Ebene geleitet. Ausserdem hat er für den Verband Tankstellenshops Schweiz mit den Gewerkschaften Syna und Unia den Gesamtarbeitsvertrag für das Tankstellenshop-Personal verhandelt und zeichnet als Co-Präsident der paritätischen Kommission Tankstellenshops auch für dessen Vollzug verantwortlich. Ueli Bamert zeigt sich erfreut: «Ich freue mich sehr über die Nomination und bin hochmotiviert, einen engagierten Wahlkampf zu führen. Es wird Zeit, dass die SVP wieder in die Zürcher Stadtregierung einzieht und der konservativ-liberalen Wählerschaft eine Stimme im Stadtrat verleiht.» Auf die gleichzeitige Nomination ihres Stadtratskandidaten für das freiwerdende Stadtpräsidium verzichtet die SVP. Man wolle alle Kräfte für einen pointierten Stadt- und Gemeinderatswahlkampf bündeln, kommentiert Susanne Brunner die Entscheidung.

Bamert ist seit 2011 verheiratet und lebt seit 25 Jahren in der Stadt Zürich. Vorstand und Delegiertenversammlung werden am 1. April über die Nomination befinden.



Die GL der SVP der Stadt Zürich nominiert Ueli Bamert als Stadtratskandidaten. Bild: zVg

DIE SCHNELLE ENTKERNUNG DER DEMOKRATIE

Deutschland einig Schuldenland

Was in Deutschland in den letzten Wochen politisch geschah, ist wohl einmalig in der Demokratie. Nicht die neue voraussichtliche Regierung brachte ihre Ideen im Parlament durch, sondern das alte Parlament nahm drastische Schulden auf sich. Der zukünftige Bundeskanzler Friedrich Merz gilt schon jetzt als politisch entkernt.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP Pfaffikon

Gesunder Menschenverstand hat in der Politik wirklich nichts zu suchen. Das wird in Deutschland klar. Ein Manöver von CDU, CSU, SPD und den Grünen, in letzter Sekunde noch im abgewählten alten Bundestag eine Zweidrittelmehrheit für die Änderung des Grundgesetz-

zes für ein Verschuldungsprogramm der neuen Regierung zu suchen, ist die Entkernung der Politik. Einerseits will Deutschland die Verteidigungsausgaben massiv erhöhen. Dafür hat man ein gewisses Verständnis, denn die Zeiten sind klar unsicherer geworden. Diese mehrjährige «Ertüchtigung der Bundeswehr» wäre aber sicher auch anderweitig möglich gewesen.

Wählertäuschung

Die Beobachter sind sich einig: Friedrich Merz hat seine Wähler getäuscht. Er missbraucht die Weltlage, um seine

Koalition zu finanzieren, meint beispielsweise die NZZ. Die Grünen bekommen nun 100 Milliarden Euro für den Klima- und Transformationsfonds. Im neuen Parlament haben Die Linke und AfD eine Sperrminorität, die solche Grundgesetzänderungen nicht möglich gemacht hätte. Viele der Vorhaben, die die Union zusammen mit der SPD plant, sind ohne zusätzliches Geld gar nicht finanzierbar.

Sonderschulden, nicht Sondervermögen

Die einst konservative Union, die stolze Partei von Konrad Adenauer und Helmut Kohl, hat sich von der Marktwirtschaft verabschiedet. Sie hat dem «Sondervermögen», besser gesagt den Sonderschulden von 500 Milliarden Euro, zugestimmt. Damit wird die im Gesetz verankerte Schuldenbremse gelockert.

Politische Wendigkeit

Es ist ausgerechnet die Partei Ludwig Erharts, die nun die Bürger mit Schulden belastet. Friedrich Merz stellt die Weichen für den Schuldenstaat. Noch im Wahlkampf hatte Merz immer wieder beteuert, dass mit ihm als Kanzler eine Reform der Schuldenbremse ohne tiefgreifende strukturelle Reformen undenkbar wäre. Gerade einmal neun Tage

DEN SINNLOSEN KRIEG BEENDEN

Trumps Agenda

Ich staune, wie gut vorbereitet der amerikanische Präsident Donald Trump in seine Amtszeit gestartet ist. In kurzer Zeit legt er neue Anordnungen und Initiativen – gut durchdacht – auf den Tisch und treibt vor allem die EU vor sich her.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP Herrliberg

Während Jahrzehnten haben die Europäer unter dem NATO-Schutzschild, der militärisch zum überwiegenden Teil den USA zu verdanken ist, ihre Armeen vernachlässigt. Die USA – weit weg – mussten den Hauptteil bezahlen. Mittlerweile sind die USA nicht mehr die führende Weltmacht. Auch China tritt als starker Akteur auf, zunehmend Indien, und Russland hat sich nach dem Kalten Krieg ebenfalls erholt.

Die Vereinigten Staaten haben nicht die Kraft, überall für Ordnung zu sorgen. Darum will sich Amerika in Europa entlasten. Trump sagt: «Dies ist eure Aufgabe, Ihr müsst sie selber erfüllen.» Die Amerikaner finden es unge-

ker Steuern für die Verteidigung Europas zahlen müssen, damit die Europäer ihr Geld für das eigene Wohl einsetzen können. Vor diesem Hintergrund kam es nicht gut an, dass der ukrainische Präsident Selenskyj im Weissen Haus, statt den USA für die Unterstützung zu danken, lautstark kritisierte, dass die USA die Hilfe den Europäern überlassen. Es ist wie im Alltag: Wer jemandem jahrelang finanziell unter die Arme greift und irgendwann findet, es sei jetzt genug, wird vom Empfänger plötzlich wüst angegriffen. Das erleben gegenwärtig die Amerikaner als Reaktion von ganz Europa. Es wäre hilfreich, den Ukrainekrieg unter diesem Aspekt zu beurteilen. Wie kann man den Krieg in der Ukraine beenden? Das zumindest versucht Trump. Ob seine Strategie aufgeht, wissen wir nicht. Aber nur zum Kampf aufzurufen, besonders wenn man weiss, dass es ohne Amerika nicht geht, ist sinnlos.

SVP BÄRETSWIL

Die SVP an der Gewerbeausstellung

Am vergangenen Wochenende vom 14.–16. März fand in Bäretswil die Gewerbeausstellung statt. Klein, aber fein, mit gut 40 Ständen, präsentierte sich das Gewerbe der Bevölkerung. Dabei darf die SVP Bäretswil nicht fehlen – als stärkste Partei im Dorf natürlich.

Dank grosser Unterstützung eines SVP-Mitglieds konnte der Stand organisiert werden. Es kamen dann etliche SVP-Mitglieder, welche während des gesamten Anlasses den Stand betreuten und so die SVP Bäretswil sichtbar machten. Es wurden sehr viele Gespräche geführt, einige Neumitglieder kamen dazu. Ebenso wurden fleissig Unterschriften für die Kompass- sowie Grenzschutz-Initiative gesammelt. Zudem wurden auch Gespräche im Hinblick auf die kommen-

den Gemeindewahlen geführt. Es gilt dann, wieder motivierte und geeignete Parteimitglieder zu finden und für die Behördenarbeit vorzubereiten. Der Vorstand zieht nach diesem Wochenende eine sehr positive Bilanz und freut sich auf weitere Anlässe.

Beat Fuhrer,
Gemeinderat und Vizepräsident
SVP Bäretswil,
Bäretswil



Der SVP-Stand an der Gewerbeausstellung in Bäretswil. Bild: SVP Bäretswil



Die Beobachter sind sich einig: Friedrich Merz hat seine Wähler getäuscht. Bild: Wikimedia

Fadegrad



von Ueli Bamert

Martin wer?

Starten wir heute mit einem kleinen Gedankenexperiment: Wenn Sie beim Weihnachtssessen mit Ihrer Familie gesagt hätten «Im Verlauf des nächsten Jahres wird ein Politiker namens Pfister aus dem Kanton Zug in den Bundesrat gewählt», hätten wohl alle Anwesenden genickt und Ihnen zugestimmt. Sie wissen, worauf ich hinauswill: Es hätten selbstverständlich alle an Gerhard Pfister gedacht, den umtriebigen Zuger Nationalrat und einflussreichen Präsidenten der Mitte-Partei. An wen beim oben erdachten Gespräch mit Sicherheit niemand gedacht hätte, ist der letzte Woche vom Parlament dann tatsächlich gewählt, andere Pfister: Martin Pfister amtet seit 2016 als Gesundheitsdirektor des Kleinstkantons Zug, der mit 133 000 Einwohnern weniger als einen Drittel der Einwohner der Stadt Zürich zählt. Martin Pfister hatte Anfang Jahr vor allem deshalb niemand auf der Liste, weil er ausserhalb des Kantons Zug schlicht unbekannt ist. Hand aufs Herz: Auch Sie haben seinen Namen bis Anfang Februar, als der 61-Jährige seine Kandidatur öffentlich machte, noch nie gehört. Ich kann mich als Polit-Insider, der sich seit der Schulzeit intensiv für Politik interessiert, auf jeden Fall nicht daran erinnern, dass ein Politiker in den Bundesrat gewählt wurde, dessen Name ich vorher noch nie gehört hatte. Damit wir uns recht verstehen: Martin Pfister ist mit Sicherheit ein fähiger Mann, sonst hätte ihn das Parlament nicht gewählt. Und er wäre auch nicht der erste Überraschungskandidat, der sich als guter Bundesrat herausstellt. Für die Mitte-Partei hingegen, die für sich in Anspruch nimmt, die Hüterin des nationalen Zusammenhalts zu sein, ist die Wahl von Martin Pfister eine beispiellose Peinlichkeit. Die Mitte-Partei stellt in der laufenden Legislatur 29 Nationalratsmitglieder und 15 Ständerätinnen und Ständeräte. Insbesondere Letztere sind qua ihres Amtes geradezu prädestiniert für die Wahl in den Bundesrat. Doch als es darum ging, sich der Verantwortung zu stellen, fand sich ausser dem machtbewussten Bauernpräsidenten Markus Ritter kein einziger Bundesparlamentarier, der sich für das höchste Amt im Land zur Verfügung stellen mochte. Staatspolitisches Verantwortungsbewusstsein? Ausgerechnet bei der Mitte-Partei, die sich sonst bei jeder Gelegenheit konkordant und staatstragend gibt, Fehlanzeige. Das einzig Gute an der Sache: Wer es nur mit Ach und Krach schafft, seinen einzigen Sitz zu besetzen, kann sich die Gelüste auf einen zweiten Sitz bis auf Weiteres abschminken. Mit dem peinlichen Anti-Schaulaufen des eigenen Personals hat die Selbstdemontage der einstigen CVP einen neuen Tiefpunkt erreicht – für das Land nicht die schlechteste Nachricht.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Werbung stört, Vorschriften nicht

Ein wirtschaftszerstörerischer, kalter Windzug fegte am Mittwochabend durch den Gemeinderat. Eine Motion der AL wollte eine deutliche Reduktion der Reklameflächen erzwingen. Und erzielte eine knappe Mehrheit.



Jean-Marc Jung
Gemeinderat SVP
Zürich

Reklamebildschirme sollen in keinem Falle mehr zulässig sein, sagen die gewählten linken Extremisten. Weil Werbeflächen den Konsum anheizen. Und das ist nicht etwa gut, wie man glauben könnte. Nein, Konsum schadet dem Klima. Fundamentalismus pur! Einzig Beschriftungen von Geschäften oder unkommerzielle Angebote sollen noch erlaubt sein. Aber die Bevölkerung brauche keine ständigen Erziehungsbotschaften, erklärten die Fundis der Sozialdemokraten (SP), Grünen und Alternativen Liste (AL). Dadurch zeigten sie, dass sie das Volk erziehen wollen. Einzig eine Textänderung der selber auch konsumfreudigen SP, welche genauere Bestimmungen ausklammerte, schwächte den Wahnsinn ab. Diese Bestimmungen sollen Stadt- und Gemeinderat erst nach vertiefter Prüfung definieren. Also wird die bürgerliche Seite bald wieder mit Vollgas dagegen kämpfen müssen, wenn es konkret wird. Der linken Ratsseite ist es egal, dass selbst der Stadt Werbeeinnahmen in Millionenhöhe so abhanden kommen. So etwa bei den Verkehrsbetrieben Zürich VBZ. Wir halten fest: Konsumenten haben die Fähigkeit, Werbung kritisch zu sehen, sie sind nicht unfähig oder dumm. Aber genau das glaubt die linke Ratsmehrheit. Und noch etwas: 5500 Personen arbeiten in der Stadt Zürich in der Werbung und in der Marktforschung.

Aus reinem Selbstschutz wechseln wir das Thema
In Witikon hat es ein Gemeinschaftszentrum (GZ) in einem alten Haus. Dieses muss nächstes Jahr einer Grossüberbauung weichen. Das ist schlecht für das GZ, aber gut für die Baubranche, den Bauinvestor und die Wohnungssuchenden. Der Stadtrat weiss das schon seit vielen Jahren. Dass ein Stadtquartier ein GZ braucht, ist ein durchaus anerkanntes Anliegen. Ich bin selber früher mit dem eigenen Nachwuchs dort ins GZ ins Muki-Turnen (Mutter-Kind-Turnen). Damals war ich der einzige Mann im Turnen. Und ich habe mich gar nicht diskriminiert gefühlt. Heute heissen diese Dienstleistungen ELKi-/MuKi-/VaKi-Turnen. Die Stadt hat jahrelang nach einem alternativen Standort gesucht und nichts gefunden. Obwohl die Stadt eigenes Land im Quartier hat; etwa bei der alten Busschleife, oder neu eine grosse Wiese Bauland, überteuert gekauft (Harsplen). Und was fand locker eine Mehrheit im Gemeinderat? Ein dreijähriges Provisorium für 5,8 Millionen plus 2 Millionen Franken pro Jahr für drei Jahre. Also knapp 12 Millionen Franken für ein Provisorium in einem Hinterhof einer stadteigenen Überbauung. Mit Luxus-Grün und Luxus-Haustechnik. Gleichtags konnte man in der Presse lesen, dass der Schweizerische Alpenclub für ca. die Hälfte des Preises auf 2700 M.ü.M. eine neue grosse Berghütte baut, oberhalb Disentis, die Cavadiras-Hütte, inkl. Abriss, Neubau, Haustechnik, Küche, Aufenthaltsraum, Duschen etc. Halb so teuer, für 100 Jahre. Man hätte fürs gleiche Geld diese Hütte also auch in Witikon bauen können, und zusätzlich auch diejenige in den hohen Bergen.



Werbung macht Sinn. Wir brauchen einen Campari.

Bild: Wikimedia

AUS DEM DIETIKER GEMEINDERAT

Im Zeichen der Konstituierung

Dieses Mal war die Konstituierung des Gemeinderates in Dietikon. Also gab es nicht viel Politisches! Es wurde das ganze Präsidium des Gemeinderates und die Stimmzähler gewählt. Dieses Mal wurde auch eine Stellvertreterin der Gemeinderatssekretärin gewählt, da wir die Legislative gänzlich von der Exekutive getrennt haben. Das waren neue Aufgaben vom Büro!



Konrad Lips
Gemeinderatspräsident und
Fraktionspräsident SVP
Dietikon

Es mussten Personalentscheide getroffen werden. Dies war eine neue Aufgabe, die wir meistern durften. Nach der Pflicht wurden vom neuen Gemeinderatspräsident der ganze Gemeinderat und alle Zuschauer zu einer kleinen

Feier mit Essen im Foyer des Stadthauses eingeladen. Da wir dieses Jahr wieder das Präsidium stellen, gab es eine traditionelle Verpflegung. Gehacktes mit Hörnli und Apfelmus. Das Bier, welches ausgeschrieben wurde, haben wir auch in Dietikon gebraut. Da machte unser Name Schweizerische Volkspartei mal richtig Sinn. Es zeigt auch, wer die Bevölkerung spürt und auch schätzt. Wir hatten in der darauffolgenden Woche doch noch einen politischen Entscheid zu treffen!

Gericht entscheidet über Initiative
Es ging um die Initiative «Ja zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung». Diese haben wir im letzten Jahr im Gemeinderat für ungültig erklärt! Der Initiant hat diesen Entscheid an den Bezirksrat und schliesslich an das Verwaltungsgericht weitergezogen. Dieses hat jetzt entschieden, dass eine Teilgültigkeit gegeben ist. Ein Absatz in der Initiative war, dass Dietikon nicht mehr als 28 000 Einwohner haben darf. Dieser Teil wurde jetzt vom Verwaltungsgericht für ungültig erkannt. Die anderen Punkte wur-

den zugelassen. Da für uns der Punkt, wo wir am meisten Anstoss genommen haben, jetzt draussen ist, wird der Gemeinderat von Dietikon den Entscheid nicht weiter an das Bundesgericht ziehen. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Initiant verhält, ob er es weiterzieht oder ob die Initiative in abgeschwächter Form zur Abstimmung dem Dietiker Stimmvolk vorgelegt wird.

Dietiker Kulturhaus
Am Freitagabend wurde die umgebaute und renovierte Zehntenscheune feierlich mit geladenen Gästen eingeweiht. Dieses Gebäude ist geschützt, so wie alle Gebäude des Kronen-Areals. Die Scheune beschäftigte den Gemeinderat schon länger. Die ersten Entwürfe des Umbaus wurden vom Gemeinderat abgelehnt, da der Kostenrahmen einfach zu hoch war. Zum Beispiel wurde eine Unterkellerung in ein geschütztes Gebäude eingeplant, das in der ganzen Zeit seines Bestehens noch nie unterkellert war. Dies und gewisse andere Sachen wurden dann gestrichen. So kam das Ganze in einen Kostenrahmen, welchen wir der Dietiker Bevölkerung zur Abstimmung vorlegen konnten. Nun wurde die Zehntenscheune eröffnet und kann jetzt von der Bevölkerung genutzt werden. Die Scheune hat eine kleine Küche und eine Bar im unteren Stock. Im ersten Stock hat es einen Saal mit Bühne, wo Musik oder kleine Theaterstücke gespielt werden können. Das Gebäude gehört nun zu den Kulturhäusern von Dietikon, wie das Kellertheater im alten Stadthaus, das Gleis 21 und jetzt auch die Zehntenscheune. Ich hoffe, dass die Zehntenscheune am Stadtfest im September schon eine Rolle spielt.



Die Zehntenscheune gehört zu den Kulturhäusern von Dietikon.

Bild: Buol & Zünd Architekten BSA

SVP WEININGEN

Der etwas andere Jahresbericht und neue Socken

Am 7. März 2025 trafen sich die Mitglieder der Ortspartei Weiningen zu ihrer jährlichen Generalversammlung im Schössli. Nach dem Begrüssungsapéro im nostalgischen Sitzungszimmer begab sich die Schar in den grossen Saal, wo schon für den Abend festlich aufgedeckt wurde.

Pünktlich um 19.00 Uhr eröffnete Roman Fleisch seine erste GV als Präsident. Für den Jahresbericht 2024 erdachten sich Alt Präsident Roland Wüthrich und sein Nachfolger für einmal etwas anderes aus und teilten den Jahresbericht auf. Jeder für seine Dauer 2024/2025, da im Herbst 2024 an einer ausserordentlichen GV der Präsident neu gewählt wurde. Die Anwesenden hörten dem unterhaltsamen und mit

Witz bestückten Jahresbericht zu. Die auch nicht unwichtigen Traktanden wie Rechnung und Budget wurden behandelt und einstimmig angenommen. Am Schluss wurden drei Mitglieder für ihre Hilfe hinter den Kulissen das Jahr hindurch humorvoll geehrt. Enzo erhielt Handschuhe, da er die Tische aufstellte, Edi bekam einen Hammer, da er die Plakate aufstellte, und zuletzt

Roli, der für das Verteilen der Einladungen und Infos im Dorf zuständig ist, ein paar neue Socken. Kurz nach 20.00 Uhr wurde mit Tischgrill und Wein zum gemütlichen Teil gewechselt und so folgten auch unterhaltsame Gespräche bis zur späten Stunde.

Jasmin Jenny,
Vorstand SVP Weiningen,
Weiningen



Sektionspräsident Roman Fleisch führte gemeinsam mit seinem Vorgänger Roland Wüthrich durch die Generalversammlung der SVP Weiningen.

Bild: Esther Haug



Samstag, 5. April 2025, 10.30 Uhr (Türöffnung 9.30 Uhr)
Mehrzweckhalle, Kaserne Bern, Kasernenstrasse 15, 3014 Bern

Einladung

zur 3. ordentlichen Mitgliederversammlung



Geschäftlicher Teil

- 10.30 Uhr Eröffnung der Versammlung
- 10.40 Uhr Begrüssungsbotschaften
- 10.55 Uhr Politische Standortbestimmung:
Dr. Stephan Rietiker, Präsident Pro Schweiz
- 11.15 Uhr Statutarischer Teil:
- 12.10 Uhr «Pro Schweiz-Marsch»
- 12.15 Uhr Mittagessen für Angemeldete



Politischer Teil

- 13.30 Uhr «Ja zur Neutralitätsinitiative!»
«Neutralität sichern – eine parteiübergreifende Aufgabe»
Prof. em. Dr. Wolf Linder, 1987 bis 2009 ordentlicher Professor an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Uni Bern und Direktor am Institut für Politikwissenschaft
«Neutralitätsinitiative: Entscheidender Abstimmungskampf»
Walter Wobmann, alt Nationalrat, Vizepräsident Pro Schweiz, Projektverantwortlicher «Ja zur Neutralitätsinitiative»
- 14.10 Uhr «Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag!»
«Souveränität und Schweizer Neutralität als Voraussetzung einer freien und erfolgreichen Schweiz.»
Dr. Christoph Blocher, Unternehmer, alt Bundesrat, alt Nationalrat
«Frei bleiben!»
Adrian Amstutz, alt Ständerat/alt Nationalrat, Vorstandsmitglied Pro Schweiz, Projektverantwortlicher «Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag»
- 14.50 Uhr «Gehen wir kraftvoll vorwärts!»
Dr. Stephan Rietiker, Präsident Pro Schweiz
- 15.05 Uhr Schluss der Veranstaltung



QR-Code scannen und anmelden

Reservieren Sie den Termin, nehmen Sie Interessierte mit – Gäste sind herzlich willkommen – und zeigen Sie, dass wir von Pro Schweiz bereit sind, Flagge für unsere Heimat zu zeigen.

Pro Schweiz, Postfach, 3822 Lauterbrunnen, Tel. 031 356 27 27, info@proschweiz.ch, www.proschweiz.ch

LESERBRIEF

Replik zum Leserbrief «Wehrfragen» in der Ausgabe 11

In einem längeren, teilweise nur schwer verständlichen Leserbrief mit dem Titel «Wehrfragen» findet sich folgende Passage: «Es ist sehr schwierig, die heutigen Ereignisse für die [ukrainische] Bevölkerung mit der Waffenruhe und dem Wiederaufbau auszugleichen. Nur ein rascher Wiederaufbau und eine Gewähr von Menschenrechten für die Bevölkerung mit Eingliederung in die russische Machtorganisation kann eine friedliche, rasche wirtschaftliche Entwicklung zum Wohlstand bringen.» Entweder verstehe ich das völlig falsch oder dann meint der Leserbriefschreiber

wirklich allen Ernstes, wenn die Ukraine in das Russland des Kriegsverbrechers Wladimir Putin eingegliedert werde, seien die Menschenrechte gewährt und es breche der Wohlstand aus. Natürlich ist die Vernichtung der Ukraine in ihrer heutigen Form das erklärte Kriegsziel Putins, aber wie das auch nur im Ansatz mit Menschenrechten und Wohlstand vereinbar ist, erschliesst sich mir beim besten Willen nicht.

Dr. Christian J. Huber,
Alt Regierungsrat SVP,
Pfäffikon

Nachruf

Die SVP Bülach trauert um ihren langjährigen Gefährten und Freund Cornel Broder.

Cornel Broder war von 2010 bis 2022 im Gemeinderat Bülach (Stadtparlament) tätig. Zuerst in der Fachkommission 1, Bau und Infrastruktur, und später dann in der Geschäftsprüfungskommission der Stadt Bülach. Innerhalb der Partei hatte er die Funktion des Fraktionspräsidenten und zusätzlich war er Mitglied des Vorstandes der SVP Bülach. 2018 trat er für die SVP Bülach als Stadtratskandidat an. Sein Wissen, seine Zuverlässigkeit und sein akribischer Arbeitsstil waren eine grosse Stütze für Fraktion und Partei.

Am 6. März 2025 ist Cornel Broder im Alter von 58 Jahren gestorben. Unsere Gedanken und Gebete sind bei seiner Ehefrau Alina Broder, seiner Familie und seinen Angehörigen.

Der Vorstand der SVP Bülach zeigt sich tief betroffen angesichts des Todes

seines Parteifreundes und wünscht seiner Familie viel Kraft in dieser schweren Zeit.

Im Namen der SVP Bülach, der Vorstand:

Stefan Basler, Stephan Blättler, Matthias Maag, Daniel Petrovic, Andreas Tassonyi und Sven Zimmerli.



Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

Patti Basler +
Philippe Kuhn



LIVE IN WALD ZH
MITTWOCH 2. APRIL 2025

Saal Rest. Schwert, 8636 Wald | Türöffnung 19⁰⁰ | Beginn 19³⁰

APÉRO UND WALDER POLIT-ARENA AB 21⁰⁰
Behördenarbeit zwischen Ernsthaftigkeit & Humor | Thema

Moderation: Philippe Kuhn, Musiker, Comedian, Produzent
Gäste: Patti Basler, Satirikerin, Autorin, Kabarettistin
Ernst Kocher, SVP, Gemeindepräsident | Sandy Hiltbrand, Grüne, RPK
Rony Riedo, FDP, RPK | Benjamin Herger, SVP, Schulpflege



Freier Eintritt – Dank Sponsoring.
Keine Anmeldung erforderlich.



SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant altes Gerichtshaus, Wehtalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich. **Fällt aus am Dienstag, 1. April 2025.**

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Donnerstag, 24. April 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Bonstetten, u.a. mit Kantonsrat Marc Bochsler.

Bezirk Affoltern/Knonau
Donnerstag, 3. April 2025, 19.30 Uhr, Referat «Aktuelle Sicherheitslage», British Classic Cars AG, Hasentalstrasse 13, Knonau, mit den Nationalräten Mauro Tuena und Martin Haab.

Bezirk Andelfingen/Andelfingen
Dienstag, 29. April 2025, 19.00 Uhr, Podium zur Steuervorlage, Löwensaal, Landstrasse 38, Andelfingen, u.a. mit den Kantonsräten Marc Bochsler und Tobias Weidmann, Fraktionspräsident. Anschliessend Apéro.

Bezirk Dietikon/Oetwil an der Limmat
Freitag, 21. März 2025, 19.15 Uhr, Polit-Anlass und Abendessen, Gemeindescheune, Oetwil an der Limmat, mit den Nationalräten Alfred Heer, Mauro Tuena und Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz, sowie Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Weitere Informationen und Anmeldung unter info@svp-oetwil.ch.

Bezirk Hinwil/Rüti
Freitag, 28. März 2025, 19.30 Uhr, Generalversammlung, Taverne Laufenbach, Gmeindrütistrasse 1B, Rüti.

Bezirk Hinwil/Wald
Mittwoch, 2. April 2025, 19.30 Uhr, Podium und Apéro, Restaurant Schwert, Bahnhofstrasse 12, Wald.

Bezirk Meilen/Oetwil am See
Freitag, 9. Mai 2025, 18.00 Uhr, Referat «Aktuelle Sicherheitslage», Landgasthof Sternen, Esslingerstrasse 1, Oetwil am See, mit Nationalrat Mauro Tuena.

Bezirk Meilen/Stäfa
Freitag, 21. März 2025, 18.30 Uhr, Polit-Anlass und Abendessen, Sunshine Hill, Bergstrasse 202, Stäfa, u.a. mit Alt Bundesrat Ueli Maurer, Nationalrätin Nina Fehr Düsel und Kantonsrätin Marion Matter. Kosten: 35 Franken. Anmeldung bis 15. März 2025 unter vorstand@svp-staefa.ch.

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Dienstag, 8. April 2025, 20.00 Uhr, Podium «EU-Rahmenvertrag», Grosser Mönchhof-

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). Jahresabonnement Online: Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. Redaktion: ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. Insertionspreise: www.zbv.ch/zuercher-bauer. Abonnementsdienst: Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.
Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. Inseratenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr. Veranstaltungsmeldungen: veranstaltungen@svp-zuerich.ch Layout: cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. Redaktion: SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. Insertionspreise: www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. Abonnementsdienst: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

saal, Mönchaltorf, u.a. mit Nationalrat Mauro Tuena.

Stadt Zürich/Kreis 3
Dienstag, 13. Mai 2025, 18.30 Uhr, Podium «Entwicklungshilfe – Wie weiter?», Reformiertes Kirchgemeindehaus Wiedikon, Bühlstasse 11, Zürich, u.a. mit Nationalrat Mauro Tuena.

Stadt Zürich/Kreis 10
Freitag, 21. März 2025, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Restaurant Damas, Josefstrasse 151, Zürich, mit Nationalrat Andreas Glarner.

Freitag, 28. März 2025, 18.30 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Damas, Kyburgstrasse 28, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 12. April 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 10. Mai 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 29. März 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 26. April 2025, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 9. Mai 2025, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Vesuvio, Glattdtallstrasse 40, Zürich-Seebach.

Samstag, 10. Mai 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 17. Mai 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 28. März 2025, 19.00 Uhr, Höck, Kennedy's Irish Pub, Freischützgasse 14, Zürich. Anmeldung unter helfenberger@jsvp-zh.ch.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 25. März 2025, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Kultur- und Sportzentrum Gries, Usterstrasse 35, Volketswil.

Samstag, 5. April 2025, 10.30 Uhr, Mitgliederversammlung Pro Schweiz, Mehrzweckhalle Kaserne Bern, Kasernenstrasse 15, Bern.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiesen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen folgen.

13.03.2025, Schaffhausen (SH)
Somalischer Asyl-Migrant zog sich im Zug aus und masturbierte vor zwei Frauen.
Quelle: 20 Min, 13.03.2025


13.03.2025, Grandson (VD)
Gerichtsprozess: Auf der Flucht einen Passanten angefahren und 7 Schüsse auf die Polizei abgefeuert - 4 Asyl-Migranten wurden verurteilt und kassierten Landesverweis.
Quelle: 20 Min, 13.03.2025

17.03.2025, Sempach (LU)
17-jähriger algerischer Asyl-Migrant nach Diebstahl aus Fahrzeugen dank Polizeihund geschnappt.
Quelle: Luzerner Polizei, 17.03.2025

17.03.2025, Felben-Wellhausen (TG)
33-jähriger marokkanischer Asyl-Migrant nach Diebstahl aus Fahrzeugen festgenommen.
Quelle: Kantonspolizei Thurgau, 17.03.2025

Grenzschutz-Initiative Asylmissbrauch stoppen!
Jetzt unterschreiben: **grenzschutz-initiative.ch**





SVP
Die Partei des Mittelstandes

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

Dübendorf, 5. März 2025

EINLADUNG
zur Delegiertenversammlung
vom Dienstag, 25. März 2025, 19.30 Uhr
Kultur- und Sportzentrum Gries, Usterstrasse 35, 8604 Volketswil

Vorprogramm
Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

- Geniessen Sie Wienerli mit Kartoffel- und Rüebli-salat und selbstgemachte Kuchen
- Musikalischer Auftakt durch die Harmonie Volketswil
- Begrüssung durch Kantonsrat und Gemeindepräsident Jean-Philippe Pinto (Die Mitte)

Traktanden

- Begrüssung und Standortbestimmung**Parteipräsident
- Wahl der Stimmenzähler**Parteipräsident
- Kantonale Abstimmung vom 18. Mai 2025**KR Tobias Weidmann
Steuergesetz Schritt 2 der Steuervorlage 17 / Stand der Kampagne
- Kantonale Abstimmungsvorlagen (Abstimmungstermine pendent)**Parolenfassung
 - Referendum Änderung Energiegesetz «Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel»

Kontradtiktorisch:

Pro Energiegesetz: KR Thomas Forrer, Grüne
Kontra Energiegesetz: KR Ueli Bamert
 - Referendum gegen die Erhöhung der IPV (jährlich Fr. 50 Mio.)KR Lorenz Habicher

P A U S E mit Verpflegungsmöglichkeit

- Abschaffung Eigenmietwert – Information**NR Gregor Rutz
- Rahmenabkommen**NR Benjamin Fischer
- Rechnung 2024 / Budget 2025**KR Patrick Walder
- Verschiedenes**Alle